

**Dietmar Petzina,  
Ringvorlesung „Gedenktage“ des Instituts für Deutschlandforschung,  
Vortrag am 3. Mai 2017**

**Der 1. Mai – Kampftag oder Feiertag?  
Rituale und Inszenierungen im 20. Jahrhundert**

Zunächst eine **Vorbemerkung**. Auch wenn ich mich im Folgenden mit den Maifeiern beschäftige, soll nicht unerwähnt bleiben, dass es im 19. Jahrhundert bereits zwei ältere Gedenktage der deutschen Arbeiterbewegung gab: Die Märzfeier und die Lassalle-Feier. Die Märzfeiern erinnerten an zwei Ereignisse, die beide sinnstiftend waren und jeweils an einem 18. März stattgefunden hatten: Die Revolution von 1848 und die Errichtung der Pariser Kommune 1871. Die Lassalle – Feiern am 31. August waren dem charismatischen Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewidmet, der mit gerade 39 Jahren im Duell starb und mit Fug und Recht als Vater der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet wird. Beide Gedenktage spielten bis Ende des 19. Jahrhunderts eine wichtige Rolle, gerieten dann jedoch in Vergessenheit. Was blieb, sind prägende Rituale und Inszenierungen, die die dritte Feier, die Maifeier dauerhaft prägten – von den Fahnen bis zu den Blumensymbolen. Und damit zum eigentlichen Thema, das ich mit einem Zitat eröffne:

*„Vielleicht über keine Erscheinung, die aus dem Emanzipationskampf des modernen Proletariats erwachsen ist, gehen die Meinungen so weit auseinander wie über das internationale Maifest. Während die einen darin eine scharfe und wuchtige Waffe sehen, sind die anderen in ihren Ansprüchen an den Maitag viel bescheidener: für sie ist es kaum mehr als ein erfrischender und erquickender Erholungstag, sozusagen eine große Familienfeier oder gar nur ein gemütliches Kaffeekränzchen der Arbeiterklasse.“<sup>1</sup>*

Das Zitat ist 115 Jahre alt, es stammt von Franz Mehring, einem der wichtigsten intellektuellen Köpfe der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Er brachte seinerzeit unser Problem auf den Punkt: Für was stand und steht dieser 1. Mai? War er Ausdruck des Kampfes einer unterdrückten Klasse, das Symbol der sozialen Konflikte im Kapitalismus? Und mutierte er im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem „Wohlfühl -Tag“, kurzum: Steht er heute für eine „Vergangene Zukunft“, <sup>2</sup>die nur noch Nostalgie verströmt?

Im Folgenden orientiere ich mich am roten Faden der Chronologie. Vier Fragen sollen dabei diskutiert werden:

1. Wie kam es zum Ende des 19. Jahrhunderts zum Beschluss eines internationalen Arbeiterkongresses, den 1. Mai als Kampftag des Proletariats einzuführen? Was waren die treibenden Kräfte? Und welche Veränderungen beobachten wir vor 1914?

---

<sup>1</sup> Franz Mehring, Ein dunkler Maitag, in: Die Neue Zeit, 20. Jg., 1901/02, S.97-101, abgedruckt in: „Gesammelte Schriften, Band 14, Berlin 1964, S. 464ff.

<sup>2</sup> So der Titel einer Publikation, die anlässlich einer Ausstellung zu 100 Jahren Berliner Maifeiern erschien: *Vergangene Zukunft. 1. Mai, Mutationen eines Feiertags*, hg. von Horst Dieter Braun, Claudia Reinhold, Hanns A. Schwarz, Berlin o.J.(1990)

2. Was bedeutete die Zäsur des Ersten Weltkriegs für den „Feiertag der Arbeit“? Wie gingen die Arbeiterparteien in der Weimarer Republik damit um? Und wie veränderte sich die Funktion des 1. Mai während des Nationalsozialismus?
3. Welche Absichten, Parolen und Rituale bestimmten den Tag der Arbeit in der „alten“ Bundesrepublik? Welche Inszenierungen prägten demgegenüber den 1. Mai in der DDR?
4. Und zum kurzen Ende: Für was steht dieser Tag heute? Was ist vom Kampfauftrag geblieben? Gibt es noch Elemente einer eigenständigen Feierkultur?

## I

Zum ersten Punkt, zur Genese des Ersten Mai und seinen Veränderungen. Die Vorgeschichte ist schnell erzählt<sup>3</sup> – sie ist eine Geschichte, die in den Vereinigten Staaten begann. Am 1. Mai 1886 wurde von den dortigen Gewerkschaften ein Generalstreik zur Durchsetzung des Achtstundentags ausgerufen, an dem sich etwa 400.000 Beschäftigte beteiligten. Die Wahl des Tages war nicht zufällig, da am 1. Mai, dem sogenannten *moving day*, in den USA jeweils Arbeitsverträge aufgelöst oder neu geschlossen wurden. Dass daraus 1886 ein symbolisch überhöhter Tag wurde, hatte mit blutigen Zusammenstößen auf dem *Haymarket* in Chicago zu tun – mehrere

Polizisten und zahlreiche Arbeiter starben, einige wurden zum Tode verurteilt. Zwei Jahre später beschloss die *American Federation of Labour*, am 1. Mai 1890 landesweite Kundgebungen durchzuführen – sie hat damit entscheidend die Debatte in den europäischen Gewerkschaften beeinflusst. Im Juli 1889 tagte der *Internationale Arbeiterkongreß* in Paris – es sollte eine Gedenkfeier zu 100 Jahre Französische Revolution sein. Sein wichtigstes Ergebnis war der Beschluss, jeweils an dem von den amerikanischen Gewerkschaften vorgegebenen Zeitpunkt für den Acht – Stunden – Tag zu demonstrieren. Ich zitiere aus dem Protokoll des Kongresses, dessen deutsche Übersetzung übrigens kein geringerer als Wilhelm Liebknecht, einer der Gründer der deutschen Sozialdemokratie, angefertigt hat:

*„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und allen Städten an einem bestimmten Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen...In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits vom Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labour)...für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“*<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Knapper Überblick u.a. bei Urs Anderegg, *Der 1. Mai in der Schweiz. Vom Traum einer besseren Welt...*, Marburg 2008, S.54 ff. Weiterhin Dieter Schuster, *Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland*, hg. vom DGB, Düsseldorf 1990; als ältere, populärwissenschaftliche Darstellung sei genannt: Udo Achten (Hg.), *Illustrierte Geschichte des 1. Mai*, Oberhausen 1979

<sup>4</sup> Zitiert nach Urs Anderegg, S.54

Die Form dieser Manifestationen oblag also aus pragmatischen Gründen den nationalen Arbeiterverbänden, zumal politische Verhältnisse und Organisationsgrad sehr unterschiedlich waren. In Deutschland war, anders als in Frankreich oder Großbritannien, der Spielraum sehr gering – seit 1878 galt das Sozialistengesetz, das die Partei und viele sozialistische Gewerkschaften in die Illegalität verbannte; es wurde erst im Herbst 1890 aufgehoben. Dennoch gab es dank des allgemeinen Wahlrechts zu diesem Zeitpunkt eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit immerhin 36 Abgeordneten, die gleichsam das legale Gesicht der offiziell verbotenen Partei bildete – an ihrer Spitze Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Die personelle Klammer zu den Gewerkschaften bildete Carl Legien. Als Mitglied der Reichstagsfraktion konnte er wesentlichen Einfluss auf die politische Linie der Sozialdemokratie nehmen, als Vorsitzender der 1890 gegründeten „Generalkommission der Gewerkschaften“ bestimmte er bis zu seinem Tod 1920 entscheidend Strategie und Taktik der freien Gewerkschaften. Sie entwickelte sich unter seiner Führung zum reformorientierten Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung. In seinem Aufruf an die nunmehr generell legalisierten Gewerkschaften hieß es 1891: „*Der Unterschied zwischen der politischen Tätigkeit, wie die Arbeiterpartei sie entwickelt, und der Aufgabe der Gewerkschaften liegt darin, daß die erstere eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anstrebt, während die letztere in ihren Bestrebungen...auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft stehen.*“<sup>5</sup> Angesichts des sprunghaften Wachstums der freien Gewerkschaften – 1892 237tausend, 1912 2,6 Millionen – bestimmten sie jenseits aller Revolutionsrhetorik je länger, je mehr auch die Ausgestaltung der Maifeiern – der eingangs zitierte Parteiintellektuelle Franz Mehring hatte damit erkennbar seine Probleme!

Doch was bedeutete das in praxi vor dem ersten Weltkrieg? Hierzu einige Eindrücke aus dem deutschen Westen, aus der preußischen Rheinprovinz, die einerseits industriell innerhalb des Reiches einen Spitzenplatz einnahm, andererseits katholisch geprägt war, somit für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ein schwieriges Terrain bildete.<sup>6</sup>

- Maifeiern fanden – nicht verwunderlich – vor allem in den großen Städten statt -, in Köln, Düsseldorf, Krefeld, Essen, im heutigen Wuppertal, aber auch in industriellen Mittelstädten wie Aachen oder Solingen.
- Es gab einen engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Konjunktur und Teilnehmerzahl – in der Krise 1901 sank die Zahl der Feiern wie auch die Teilnehmerzahl deutlich ab, zumal das wirtschaftliche Risiko von Aussperrung und Lohnausfall nicht kollektiv abgesichert werden konnte, sondern beim einzelnen Arbeiter lag.
- Die Vorbereitung der Feiern oblag einem lokalen Vorbereitungsausschuss, der in der Regel paritätisch aus Vertretern der SPD und der Gewerkschaftsvereine zusammengesetzt war. Dabei kam es trotz gemeinsamer politischer Orientierung nach der Jahrhundertwende zu wachsenden Spannungen, da die Gewerkschaften verstärkt auf

---

<sup>5</sup> Zitiert nach Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S.103

<sup>6</sup> Siehe Ute Schneider, Politische Festkultur im 19.Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des ersten Weltkriegs, Essen 1995, S.287 - 318

sozialpolitische Themen wie den Achtstundentag setzten, die Partei demgegenüber den Internationalismus und den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht thematisierte.

- Vor Ort wurde innerhalb der Ausschüsse die jeweiligen „Kampffronten“ zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften diskutiert: Wie konnten Aussperrungen verhindert werden? Wie waren die Reaktionen der führenden Kommunalpolitiker einzuschätzen? Die Arbeiterfunktionäre waren keine Revoluzzer, sondern Pragmatiker! Übrigens: Im Rheinland scheint sich nach der Jahrhundertwende auch bei Unternehmern angesichts der Arbeitskräfteknappheit ein Klima stillschweigender Tolerierung eingestellt zu haben, anders als in den 1890er Jahren, als Maidemonstrationen mit Aufruhr und Gefährdung der öffentlichen Ordnung gleichgesetzt wurden. Stefan Zweig hat in seiner Autobiographie eindrucksvoll die Panik des Bürgertums in dieser Frühzeit am Beispiel seiner Heimatstadt Wien beschrieben: „Ich erinnere mich, daß die Eltern uns Kindern streng verboten, an diesem Schreckenstage, der Wien in Flammen sehen konnte, die Straße zu betreten. Aber nichts geschah. Die Arbeiter marschierten mit ihren Frauen und Kindern in geschlossenen Viererreihen und mit vorbildlicher Disziplin in den Prater, jeder die rote Nelke, das Parteiabzeichen, im Knopfloch. Sie sangen im Marschieren die Internationale...“<sup>7</sup>
- Wie waren seinerzeit typische Abläufe und Inszenierungen? Am Vormittag fand die eigentliche politische Demonstration statt, bei der üblicherweise führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, zumeist von anderen Städten kommend, sozialpolitische Forderungen und die Nöte der Arbeiterschaft thematisierten, dabei auch auf die Sinnhaftigkeit des 1. Mai verwiesen. Bei diesen Veranstaltungen wurden in den rheinischen Städten polizeilich bis zu 250 Personen registriert, übrigens ausschließlich Männer, da Frauen und Kindern der Besuch politischer Versammlungen untersagt war. Dabei sollte freilich nicht übersehen werden, dass diese Zahlen eher gering waren, da selbst die Gewerkschaften in Kenntnis der materiellen Risiken nur halbherzig zu Arbeitsniederlegungen aufriefen. Fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, war die Teilnehmerzahl entsprechend höher. Auf die morgendlichen Versammlungen folgte der umfängliche gesellige Teil, der sich bis in den Abend hinzog. Mit Kind und Kegel machte man sich „ins Grüne“, zu Gartenlokalen, auf, Abweichend vom zitierten Wiener Beispiel gab es üblicherweise wegen des Verbots geschlossener Umzüge in Preußen sogenannte Massenspaziergänge, bei denen sich die festlich gekleideten Teilnehmer gruppenweise zum vereinbarten Treffpunkt begaben. Dabei war es selbstverständlich, dass alle eine rote Nelke – das internationale Symbol der Arbeiterbewegung schlechthin – am Revers oder an der Bluse trugen. Rote Fahnen oder Transparente waren hingegen verboten. „Während sich die Anwesenden bei Speis und Trank gütlich thaten“<sup>8</sup>, so ein zeitgenössischer Bericht, gab es nicht selten Aufführungen, die unterhaltsam und zugleich belehrend und sinnstiftend sein sollten, etwa „Ein 1. Mai auf dem Lande“, „Der Teufel in der Wahlurne“ oder „Die Tochter des Staatsanwalts“. Dazu gab es Lieder aus populären Operetten etc., vorgetragen von

---

<sup>7</sup> Stefan Zweig, Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt/M. 1992, S.80 (Erstausgabe Stockholm 1944)

<sup>8</sup> Nach Ute Schneider, S.303

Arbeitergesangsvereinen, mit dem Höhepunkt der 1864 geschriebenen Arbeitermarseillaise, in der es im Refrain martialisch hieß:

*Nicht fürchten wir den Feind  
stehn wir im Kampf vereint  
Marsch, marsch, marsch, marsch  
Und sei's durch Qual und Not  
Für Freiheit, Recht und Brot.*

Es gab auch neuere Mailieder, eines wurde sogar auf die Melodie „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen. Übrigens: Die Internationale setzte sich in Deutschland nur zögerlich durch, gehörte erst in den 1920er Jahren zum festen Repertoire der Maifeiern. Wie immer: Gesungen wurde sehr viel, zumal das gemeinsame Singen nachhaltig das „Wir – Gefühl“ (Ute Schneider) stärkte. Und nicht zu vergessen: Im Ablauf des Tages gab es auch *Kinderbelustigungen*, etwa Kinderfackelzüge, so dass Maifeiern zugleich auch Familienfeiern waren. Dass dabei auch kräftig getrunken wurde, war selbstverständlich, zumal die Wirte nur dann bereit waren, ihre Häuser für Kundgebungen zur Verfügung zu stellen, wenn der Umsatz stimmte.

Ein kurzes Fazit: Maifeiern verloren zwischen 1890 und 1914 mehr und mehr den Charakter eines internationalen Kampftages, wie er ursprünglich geplant war. Stattdessen entwickelten sich Feerrituale, die einerseits Elemente einer spezifischen Arbeiterkultur aufwiesen, andererseits Schnittmengen mit kleinbürgerlichen Volksfesten besaßen. Diese Veränderung wurde von führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftern durchaus kritisch gesehen und kontrovers diskutiert. Karl Kautsky, wichtigster sozialdemokratischer Theoretiker, sprach 1905 davon, „(die Maifeier) sei hier und da unter dem Einfluß der Stille und der Versumpfung der letzten Jahre zu einem harmlosen Volksfest geworden... Er stellte dem die Forderung nach der „jährlichen Heerschau des zu politischen und gewerkschaftlichen Kampf gerüsteten Proletariats“ gegenüber. Noch kritischer 1903 Alfred Cohen, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, zugleich führend im Berliner Metallarbeiterverband: „Ich wäre eher dafür zu haben, daß wir einmal mit der ganzen Maifeier gründlich aufräumten. Ich weiß, daß nicht nur bei uns...diese Meinung vorhanden ist, es traut sich nur niemand, das offen auszusprechen. Mehr, als wir uns bisher mit der Maifeier blamiert haben, können wir uns eigentlich nicht blamieren. Denn was wir bisher gehabt haben, ist alles, nur keine Maifeier, wie wir sie uns 1890 dachten“.<sup>9</sup> Eine Lösung für dieses Dilemma wurde auch im folgenden Jahrzehnt eines bis dahin ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs nicht gefunden. Vermutlich war die Kluft zwischen dem sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft und pseudorevolutionären Parolen zu breit geworden – so feierte man einfach weiter wie bisher, bis im August 1914 auch das zentrale Narrativ von 1890, jenes der internationalen Solidarität, blutig widerlegt wurde.

## II

---

<sup>9</sup> Claudia Reinhold, Stimmen aus der Zeit: Vom Nutzen der Maifeier. Protokoll einer Diskussion, die nicht stattgefunden hat, in: Vergangene Zukunft. 1. Mai, Mutationen eines Feiertages, Berlin o. J. (1990), S.55 ff.

Im November 1918, nach der Niederlage des Kaiserreiches, schien für die deutsche Arbeiterbewegung eine neue Zeitrechnung zu beginnen. Auf der Habenseite stand: Die alten Eliten waren diskreditiert, Sozialdemokraten übernahmen politische Schlüsselrollen, die freien Gewerkschaften arrangierten sich mit Hilfe des Stinnes – Legien – Abkommens zumindest auf Zeit mit den Unternehmerverbänden, konnten dabei große Erfolge erzielen: Die förmliche Anerkennung als Tarifpartner, die Einführung des Achtstundentags. Schnell zeigten sich jedoch die großen politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen, für die nunmehr vorrangig die Sozialdemokratie und mit ihnen, weil eng miteinander verflochten, die Gewerkschaften haftbar gemacht wurden: Das Friedensdiktat von Versailles, Inflation und Verarmung breiter Schichten, politische Unruhen und der Kampf gegen die Republik von Rechts, aber auch von der radikalen Linken unter Führung der neugegründeten KPD. Und auch die freien Gewerkschaften sprachen nicht mehr, wie vor 1914, mit einer Stimme, sondern hatten sich mit den kommunistischen Fraktionen in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen – ab 1928 sogar mit der konkurrierenden RGO, der revolutionären Gewerkschaftsorganisation.

Was bedeutete das für die Maifeiern? Am Anfang der Republik, am 17. April 1919, beschloss die verfassungsgebende Nationalversammlung auf Antrag der Mehrheitssozialdemokraten, den 1. Mai 1919 als „Nationalfesttag“ einzuführen. Allerdings gab es keinen Konsens, welche Botschaft damit verbunden sein sollte. Die Sozialdemokraten, genauer die MSPD, sahen im 1. Mai die Chance, den „Gesamtwillen des Volkes“ sichtbar zu machen – der „1. Mai“, so Reichsinnenminister David, „soll ein allgemeiner Volksfeiertag werden“. Die zentrale Forderung der Väter des 1. Mai – der Achtstundentag – sei erfüllt, deshalb sei es Zeit, den Feiertag als Willen zur „Klassenversöhnung“ zu verstehen. „Das Gefühl der politischen Gleichberechtigung, der sozialen Ebenbürtigkeit, der Persönlichkeitsanerkennung aller Glieder der Volksgemeinschaft soll an ihm gepflegt werden.“<sup>10</sup> Die USPD und die Kommunisten sahen darin den Verrat an der ursprünglichen Idee – was Wunder, dass sie gegen die Einführung des 1. Mai als Feiertag stimmten. 1919 wurde folgerichtig auch getrennt gefeiert – die Idee einer gemeinsamen Kampffront gegen den Klassenfeind war damit für die kurze Zeit der Weimarer Republik obsolet geworden.

In den Folgejahren gelang es der Sozialdemokratie angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag nicht, den 1. Mai dauerhaft als reichsweiten Feiertag zu verankern – 1919 sollte bis zum Ende der Republik die Ausnahme bleiben. Immerhin beschlossen etliche Landesregierungen je nach politischen Mehrheitsverhältnissen, an diesem „Ruhetag“ festzuhalten – Baden, Braunschweig, Bremen, Lippe – Detmold oder Thüringen gehörten dazu, nicht jedoch Preußen oder Bayern. Doch auch in diesen Ländern gab es keine Kontinuität – Thüringen etwa schaffte den Feiertag 1924 wieder ab, bereits vorher Bremen. Uns Heutigen vertraut klang die Begründung des Bremer Senats für sein Veto gegen den Versuch der erneuten Einführung 1928: Der örtliche Einzelhandel sei gefährdet, wenn in den benachbarten preußischen Städten an diesem Tag die Geschäfte

---

<sup>10</sup> Hanns –A. Schwarz, Es war wie am Totensonntag, in: Vergangene Zukunft, S.72

offen blieben...<sup>11</sup> Wichtiger jedoch für Inhalte und Symbole der Maifeiern war der erwähnte Bruch innerhalb der Arbeiterbewegung - zwischen staatstragender Sozialdemokratie samt der Mehrheit der Gewerkschaften einerseits, den Kommunisten, die der Republik feindselig gegenüberstanden, andererseits. Kommunisten waren selbst in der Phase relativer Stabilität der Weimarer Republik, also zwischen 1924 und 1929/30, politisch keine zu vernachlässigende Größe –immerhin entfielen auf sie bei Wahlen zum Reichstag durchschnittlich 10 – 15% aller Stimmen, auf die SPD zwischen 20 und 30%; und vor allem verfügten sie, ähnlich wie die Nationalsozialisten, über ein deutlich stärkeres Mobilisierungspotential. Betrachtet man die jeweiligen Aufrufe zum 1. Mai, so wird **dreierlei deutlich**: Die **Schärfe der gegenseitigen Abgrenzung nahm zu**; die **Gewerkschaftsführungen gerieten** nach der Euphorie der Novemberrevolution **in die Defensive**, versuchten, zumindest die Errungenschaft des Achtstundentages zu verteidigen; und schließlich: eine **neue Sinnstiftung** bezüglich des Maifeiertages war schwierig, ja **zum Scheitern verurteilt**.

**Zum ersten**: 1919 formulierte die Generalkommission in ihrem Maiaufruf freudig – optimistisch u.a.: „Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution eingezogen ist.“<sup>12</sup> Fast beschwörend und zugleich defensiv klang es dann auf dem Gewerkschaftskongress im Juni 1922, nachdem sich angesichts der Inflationskrise die Mobilisierungsschwäche der Gewerkschaften gezeigt hatte: „...fordert der Gewerkschaftskongreß, gerade im Hinblick auf die Forderung des 1. Mai, die Arbeiterparteien in den Parlamenten auf, dem Bruderkampf ein Ende zu machen, um gemeinsam die der Arbeiterschaft gebührende Stellung zu festigen und zu erhalten.“ Demgegenüber die KPD 1920: „Arbeiter! Genossen! Eure Einigkeit ist nur möglich unter Führung des Kommunismus. Die mehrheitssozialistische und unabhängige Führung hat euch um die Früchte Eures Sieges geprellt...Keine Teilung der Macht mit der Bourgeoisie! Keine Waffen in der Hand der Bourgeoisie! Keine Parlamente, sondern Arbeiterräte!...“ 1923 dann die Übernahme der Parolen der *Roten Gewerkschaftsinternationale*: „...deshalb wird der 1. Mai der Tag der Bekräftigung des Kampfbundes zwischen Sowjet – Rußland und dem aufstehenden Proletariat in der ganzen Welt sein.“ Die Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erreichten 1929 ihren vorläufigen Höhepunkt – der 1. Mai und die folgenden Tage gingen als „Blutmai“ in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein. Angesichts der sich verstärkenden Straßenunruhen von links wie rechts verhängte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, für den 1. Mai Versammlungs- und Demonstrationsverbote, zwei Tage später den Ausnahmezustand über den Wedding und Neukölln. Während der ADGB in seinem Aufruf ausdrücklich forderte, die Verbote zu respektieren, forderte die KPD zu Demonstrationen auf, mit der Folge schwerer Zusammenstöße mit der Polizei – es gab 22 Tote. SPD und KPD standen sich unversöhnlich gegenüber – jene sprachen vom von den „Kommunisten gepredigten

---

<sup>11</sup> Dieter Schuster, Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland, Düsseldorf 1990, S.46

<sup>12</sup> Die folgenden Zitate entnommen aus Schuster, S.50 ff.

Putschismus, den wir grundsätzlich ablehnen“, diese sahen in dem von Sozialdemokraten beherrschten Staatsapparat bereits den Faschismus am Werk. Ungewollt spielten beide Parteien, die beanspruchten, für die Arbeiterschaft zu sprechen, damit den Nationalsozialisten in die Hände. Die Wahlen 1930 waren das Menetekel, als die Splitterpartei NSDAP zur zweitstärksten Partei wurde - es wurden daraus keine Schlüsse gezogen. Übrigens hat sich Carl von Ossietzky seinerzeit mit ätzender Schärfe in der von ihm geleiteten *Weltbühne* zum *Blutmai* geäußert, dabei vor allem die Fehler der Sozialdemokraten angeprangerte: „Hätte es eigentlich schlimmer werden können, wenn die beiden rivalisierenden Parteien ihre gewohnten öffentlichen Demonstrationen abgehalten hätten? Die großen Züge hätten, wie immer, Disziplin gewahrt...“<sup>13</sup>

**Zum zweiten:** Bei aller Euphorie zu Beginn der Republik befanden sich die Gewerkschaften in sechs von den 14 Jahren der Weimarer Republik - während der großen Inflation und ab 1930 in der Weltwirtschaftskrise – **in der Defensive**. Sicher, in der kurzen Stabilitätsphase zwischen 1924 und 1929 gelang es der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, wichtige Elemente einer neuen Sozialstaatlichkeit durchzusetzen, etwa im Arbeitsrecht, im Bereich des sozialen Wohnungsbaus oder bei der Absicherung der Arbeitslosigkeit – erstaunlicherweise gerade in jenen Jahren, als die SPD im Reich auf den Oppositionsbänken saß. Was allerdings von der Partei und den staatstreuen Gewerkschaften übersehen oder ignoriert wurde: Die seit dem Herbst 1929 eskalierende wirtschaftliche Krise wurde zur Systemkrise der Demokratie. Gewerkschaften und Sozialdemokratie wurden von dem anschwellenden Heer der Arbeitslosen, aber auch vom bedrohten Mittelstand und vielen in der Existenz bedrohten Kleinbauern als Verursacher der Krise, nicht als Problemlöser wahrgenommen. So kam es zu der tragischen Konstellation, dass die demokratische Arbeiterbewegung als korrupte „Bonzenwirtschaft“ von Rechts und Links denunziert wurde – 1932 bestellten NSDAP und Kommunisten das von ihnen geräumte Feld, 1933 dann nur noch die Nazis. Maifeiern wurden im Verlauf der Krise somit immer mehr zu Rückzugsgefechten. Der Maiaufruf 1930 war noch von Illusionen bestimmt –Zitat: „Noch immer kämpfen wir um die Ziele, für die der 1. Mai symbolisch geworden ist: Gesetzlicher Achtstundentag, Arbeiterschutz, Weltfrieden.“ 1931 dann bereits skeptischer: „Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor... Vieles von dem, was gefestigt schien, wird von den Unternehmern unterminiert...“ Und dann 1932 der letzte Maiaufruf des ADGB – es war der Schwanengesang der untergehenden Republik: „Interessenkreise benützen die verzweifelte Stimmung, um mit der Losung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören...“

Und schließlich **drittens:** Eine neue Sinnstiftung für die Maifeiern hat es in den Jahren der Republik, so die These des Bochumer Historikers Peter Friedemann, nicht gegeben.<sup>14</sup> Zwar fehlte es nicht an Versuchen, neue Symbole zu kreieren- der

---

<sup>13</sup> Zitiert nach Schuster, S.64

<sup>14</sup> Peter Friedemann, Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterkultur 1891 -1933, in: Dietmar Petzina (Hg.), Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S.101 -112



massenhafte Gebrauch der Roten Fahne gehörten dazu oder die geballte Faust-, doch konnten sie die Kluft innerhalb der Arbeiterbewegung nicht überbrücken, auch nicht jene zwischen sozialistischer Utopie und den neuen gesellschaftlich – politischen Realitäten. Immerhin gab es den bemerkenswerten Versuch der sogenannten *Kultursozialisten*, an ihrer Spitze der Sozialpsychologe Hendrik de Man, der desillusionierten Arbeiterschaft eine neue Utopie, jene des *neuen Menschen*, zu vermitteln. Mit einer kulturell codierten, erneuerten Festkultur sollte nicht zuletzt die Maifeier neue sozialistische Identität vermitteln – unter Einsatz der neuen Medien und Techniken der 1920er Jahre.<sup>15</sup> „Weihespiele“ und Massenchöre sollten den 1. Mai zum Symbol des „Massenwillens“ machen – mit einer Choreographie übrigens, die zeitlich parallel unter anderen politischen Vorzeichen im Italien Mussolinis perfektioniert und später von den Nationalsozialisten adaptiert wurde. Ein eindrucksvolles Spektakel war die von Hendrik des Man inszenierte Frankfurter Maifeier 1932, bei der „vor fast 20.000 Zuschauern“ das von ihm geschriebene Festspiel >Wir< aufgeführt wurde, mit Chören, Orchestermusik und Filmausschnitten und angeblich 2000 Mitwirkenden.<sup>16</sup> Allerdings blieb das die Ausnahme, kam als Versuch der Neuinterpretation der Maifeier auch zu spät, um gegenüber dem Populismus von rechts als Gegengewicht erfolgreich zu sein.

So bleibt ein sehr widersprüchliches Bild von den Maifeiern der Weimarer Republik. Es gab das selbstbewusste Pathos der Nachrevolutionszeit, das Hervorheben der sozialpolitischen Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Stabilisierungsphase, das Bemühen, neue Formen zu finden, ohne dass der Widerspruch zur sozialistischen Rhetorik glaubhaft hätte überbrückt werden können. Kurt Tucholsky hat diese Widersprüche 1930 dichterisch ironisiert, indem er ein älteres Ehepaar rückblickend rasonieren lässt. Hier Auszüge:<sup>17</sup>

„ Weißt du noch Alter, vor dem Kriege?  
 Wir haben manchen Mai erlebt.  
 Wir glaubten an die schnellen Siege –  
 Du hast das Streikplakat geklebt“  
 „Ja, Alte, das waren schöne Zeiten...  
 Wir waren allemal dabei-  
 Ich seh uns noch im Zuge schreiten  
 Am 1.Mai.“  
 „Kein Wunder, muß mal denken, Alter:  
 Wer ist uns da vorausmarschiert!  
 Der Wels als roter Fahnenhalter,  
 der Löbe, prächtig ausstaffiert...“<sup>18</sup>  
 Ja, solche haben glatte Hände...  
 Für die ist frisch, fromm, frech und frei

<sup>15</sup> Gottfried Korff (Fußnote 17), S.57

<sup>16</sup> Gottfried Korff, S.58

<sup>17</sup> Zitiert nach Gottfried Korff, Rote Fahnen und geballte Faust, in: Dietmar Petzina (Hg.), Fäuste, Fahnen, Körper, Essen 1986, S.56 f.

<sup>18</sup> Otto Wels, Vorsitzender der SPD; Paul Löbe, sozialdemokratischer Reichstagspräsident

*Der Klassenkampf schon längst zu Ende-  
Die und der 1. Mai!  
Was wissen die vom Klassenkrieg...!  
Die schützen sich vor ihrer eigenen Republik.“*

*„Wir wissen, Alte, was wir lieben:  
Den Klassenkampf und die Partei!  
Wir sind ja doch die Alten geblieben  
Am 1. Mai, am 1. Mai“*

**1933 erhielt der 1. Mai eine neue Bedeutung**, und damit trat an die Stelle der klassenkämpferischen Attitüde von Tucholsky etwas in der Arbeiterbewegung nicht Vorgedachtes: Die Vereinnahmung des 1. Mai durch die härtesten Gegner der traditionellen Arbeiterbewegung, die NSDAP und die neue Regierung Hitler. Am 10. April 1933 wurde der 1. Mai gesetzlich „zum Feiertagtag der nationalen Arbeit“ erklärt – ein auch die Gewerkschaften beindruckender Propagandacoup. Der ADGB – Bundesvorstand und ihr Vorsitzender Leiphart begrüßten in vorausseilendem Gehorsam bereits zwei Tage vorher, „daß die Reichsregierung diesen unseren Tag ...zum deutschen Volks -Feiertag erklärt hat. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden“. Geradezu euphorisch, die Reaktion der christlichen Gewerkschaften: „Die Reichsregierung hat den 1. Mai als Tag der Arbeit zum nationalen Feiertag erhoben. Sie will damit den früher umstrittenen Kampf- und Demonstrationscharakter des Tages auslöschen. Sie will den Tag der Ehre und dem Adel deutscher Arbeit weihen...“<sup>19</sup> Goebbels machte aus diesem 1. Mai eine Propagandaschau, die vergleichbar dem „Tag von Potsdam“ war – mehr 10 Millionen sollen reichsweit an den Umzügen beteiligt gewesen sein, Hitler sprach auf dem Tempelhofer Feld vor rund einer halben Million, beschwor die einige Volksgemeinschaft, die den Klassenkampf hinter sich lassen müsse. Das machte auch Eindruck auf jene, die den Hitlerismus ablehnten<sup>20</sup> „Die Gewerkschaften“, so rückblickend die heutige Sicht des DGB auf die damaligen Ereignisse, „wollten sich selbst dem Kabinett Hitler als unpolitische Fachvereine zur Vertretung ausschließlich beruflicher Interessen andienen... Eine tragische Fehleinschätzung, wie sich am 2. Mai zeigte.“<sup>21</sup> An diesem Tag wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, viele Funktionäre verhaftet – es bedeutete das Aus der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelt hatte.

Freilich wäre es zu einfach, nur die Repressionen zu sehen. Das Regime bediente geschickt die Sehnsucht vieler Arbeiter, gleichberechtigtes Glied einer „Volksgemeinschaft“ zu sein. „Man beschwor“, wie es David Schoenbaum in seiner Sozialgeschichte des Dritten Reiches formulierte, „ein allgemeines, idealisiertes Bild

---

<sup>19</sup> Schuster, S.69f.

<sup>20</sup> Siehe Ian Kershaw, Hitler, 1889 – 1936, Stuttgart 1998, S.602

<sup>21</sup> Deutscher Gewerkschaftsbund, Geschichte des 1. Mai: Vom Kampftag zum Feiertag, [www.dgb.de/themen](http://www.dgb.de/themen), abgerufen 7.12.2016

vom > Arbeiter<, um die psychologische Anpassung des Arbeiters an das Leben der Nation zu erreichen.“<sup>22</sup> Stellvertretend dafür steht die Inszenierung des 1. Mai 1934. „Vereint unter einer gemeinsamen Berufsbezeichnung, als >Arbeiter der Stirn und der Faust< fuhr der Rektor der Universität Heidelberg und ein > Arbeiter der Faust< ...auf einem festlich geschmückten Bierwagen gemeinsam durch die Straßen.“<sup>23</sup> Die damit einher gehende „Mystifizierung der Arbeit“ und die scheinbare „Auflösung des Klassenkonflikts“ – so die plausible These von Mitarbeitern des Ausstellungsprojektes „100 Jahre Berliner Maifeiern“ – wirkte attraktiv, „da diese Utopie auch in der Arbeiterbewegung gepflegt wurde.“<sup>24</sup> In den folgenden Jahren, vor allem nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wurde der 1. Mai verstärkt „militarisiert“: Mit dem Betriebsführer an der Spitze marschierten die Belegschaften in geschlossener Formation unter Hakenkreuzfahnen zu den Versammlungsorten; Formationen des Reichsarbeitsdienstes stießen dazu, ebenso Einheiten der Hitlerjugend und des BDM. Die Ansprachen hielten Parteifunktionäre oder Bürgermeister, die zugleich der NSDAP angehörten; Marschmusik erschallte, Chöre traten auf, die vielfach die mit neuen Texten unterlegten ehemaligen Arbeitermelodien sangen – kurz, es waren Inszenierungen, die in Teilen frühere Maifeiern zitierten und mit neuen Inhalten versahen. Übrigens blieb es in den Städten bei den aus der Weimarer Republik vertrauten Volksfesten nach den offiziellen Feiern, so dass auch hier ältere Formen mit neuer Ideologie verschmolzen wurden.

Heute wissen wir: Auch die Mehrheit der Arbeiterschaft arrangierte, ja identifizierte sich mit diesen Feiern, sei es aus Überzeugung oder Opportunismus. Götz Aly hat hierfür den Begriff der „Gefälligkeitsdiktatur“ geprägt, was meint- *Zitat*: „Materieller Ausgleich und soziale Aufwärtsmobilisierung im Inneren, kollektiver und schnell spürbarer Wohlstand für das Herrenvolk auf Kosten sogenannter Minderwertiger, so lautete die wenig komplizierte und populäre Zauberformel des NS – Staats“<sup>25</sup>.“ Im Kern stimme ich diesem Befund zu, auch mit der weiteren Schlussfolgerung: „Der sozial ausgleichende Egalitarismus ...ließ die Sympathiewerte des NS- Regimes im Inneren immer wieder steigen. Er stärkte die Macht Hitlers und setzte jene Energien ungebremst frei, die zum ungeheuerlichsten Raub- und Vernichtungskrieg der modernen europäischen Geschichte führten.“ Der Tag der Nationalen Arbeit stand dafür als makabres Symbol... Dass es neben den großen Inszenierungen des Regimes auch einzelne bescheidene Versuche gegeben hat, nach 1933 einen alternativen 1. Mai zu inszenieren, soll nicht unerwähnt bleiben, etwa 1934 und 1935 auf der „Alten Burg“ in Essen – Werden. Es waren nur wenige, die sich gegen den Strom stellten – letztlich vergeblich. Die Teilnehmer landeten in Gefängnissen- auch in diesen Widerstandskreisen gab es Spitzel und Zuträger.<sup>26</sup> Die Hoffnung konnte nur darin bestehen, dass das Regime das Opfer der von ihm angezettelten Kriege würde- am 8. Mai 1945 war es soweit.

---

<sup>22</sup> David Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln – Berlin 1970, S.111

<sup>23</sup> Ebenda, S.111 f.

<sup>24</sup> Ulrike Wahlich und Walther Willmer, Das Ende des Klassenkampfes?, in: Vergangene Zukunft, Berlin o.J (1990), S.97

<sup>25</sup> Götz Aly, Die Wohlfahrtsdiktatur, in: Der Spiegel, 10/ 2005, S.62; Ausführlich hierzu ders: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, , Fischer – Verlag, 2005

<sup>26</sup> Udo Achten, S.278 ff.

### III

**Damit zum dritten Teil, dem 1. Mai nach 1945.** Es ist in Deutschland eine zweifache Geschichte- die im Westen und die im Osten, spätestens seit Beginn des kalten Krieges und der Spaltung des verbliebenen Restdeutschlands. Noch im Jahr 1945 begannen die Versuche, gewerkschaftliche Organisationen zunächst auf lokaler und betrieblicher Ebene aufzubauen. Dabei gab es einen breiten Konsens, statt der früheren Richtungsgewerkschaften eine neue Einheitsgewerkschaft zu gründen. Dass es trotz der unterschiedlichen Bedingungen in den Besatzungszonen gelang, bereits 1946 überregionale Zusammenschlüsse vorzubereiten, war führenden Köpfen der ehemaligen christlichen und sozialistischen Gewerkschaften zu verdanken, allen voran Hans Böckler und Jakob Kaiser. Böckler schwebte eine zentralistische Organisationsstruktur vor, scheiterte damit jedoch an der britischen Besatzungsmacht, die lediglich bereit waren, einen Bund von Industriegewerkschaften zu akzeptieren – das Modell für den späteren DGB. Seit November 1946 fanden Interzonenkonferenzen der zonalen Gewerkschaftsleitungen statt; Versuche jedoch, mit dem in der sowjetischen Besatzungszone bereits im Februar 1946 gegründeten FDGB einen gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund zu begründen, scheiterten<sup>27</sup> – der beginnende kalte Krieg machte die Gräben unüberwindlich. So kam es zur Gründung eines bizonalen Gewerkschaftsrats, dem sich 1948 auch die Verbände der französischen Zone anschließen durften. Schließlich die letzte Organisationsetappe: Im Oktober 1949, kurz nach Entstehung der Bundesrepublik, wurde in München der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet, getragen von damals 16 Einzelgewerkschaften, die in der Tarifpolitik unabhängig blieben. Erster Vorsitzender wurde Hans Böckler. Trotz der geringen Kompetenzen der DGB – Spitze spielte er bis zu seinem Tod noch eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung der Montanmitbestimmung, die 1951 vom Bundestag beschlossen wurde.

Im Falle des FDGB wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht eine zentralisierte Organisation vorgegeben, die anfangs den Schein der politischen Pluralität wahren sollte: 19 KPD – Vertreter gehörten dem Vorstand an, 18 Sozialdemokraten, vier CDU – Mitglieder und vier Parteilose. Mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED wurde sichtbar, was von Anfang an von den Sowjets und ihres Statthalters Ulbricht geplant war: Die Gewerkschaft zum verlängerten Arm der Partei zu machen. Die unterschiedliche Bewertung des Marshallplans war dabei weniger die Ursache des endgültigen Bruchs zwischen Ost und West, sondern lediglich Vorwand und Katalysator. Insoweit ist es müßig, rückblickend die verpassten Chancen einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu beklagen –die politischen Weichen in Richtung deutscher Zweistaatlichkeit waren längst gestellt. In West und Ost, in der Bundesrepublik und in der DDR, entwickelten sich über vierzig Jahre hinweg unterschiedliche Demonstrations- und Inszenierungskulturen bezüglich der Maifeiern, auf die ich exemplarisch und in gebotener Kürze eingehen möchte. Ich greife hierzu einige Stichjahre heraus, die im Westen jeweils für gewollte oder erzwungene Kursänderungen der Gewerkschaften stehen: 1946; 1952/55; 1960/61; 1970/72, 1989.

---

<sup>27</sup> Hierzu im einzelnen Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S.269ff.

**1946:** Zunächst ein Blick in die Provinz, ins Bergische Land, nach Remscheid. Zwar gab es in der Britischen Zone noch keine überregionale Gewerkschaftsorganisation, wohl jedoch eine Einheitsgewerkschaft Remscheid, die für den 1. Mai 1946 zu einer „Großkundgebung“ auf den Rathausplatz aufgerufen hatte. Hinter diesem Aufruf stand die übergroße Koalition der frisch- beziehungsweise wiedergegründeten Parteien aus CDU, SPD, KPD, Zentrum und FDP – eine Koalition, die bereits ein Jahr später nicht mehr existierte. Was hier deutlich wird: Trotz Fahnen- und Marschverboten gab es unbeschadet des Mißtrauens der britischen Besatzungsmacht und ohne Anleitung „von oben“ Graswurzelbewegungen, die neue Wege zu einem gemeinsamen „Weltfeiertag für Völkerverständigung und Frieden“ beschreiten wollten. Besonders eindrucksvoll die Demonstration mit 20.000 Teilnehmern in Bremen, damals Teil der amerikanischen Zone. Im Weserkurier war zu lesen, dass „eine festlich bewegte Stimmung am Maimorgen im Zentrum Bremens bei den... immer zahlreicher ...zusammenströmenden Menschenmassen (herrschte). Überall Händeschütteln und gegenseitiges begrüßen alter bekannter Kampfgenossen, die sich zum Teil hier nach langen Nazi- und Kriegsjahren zum ersten Mal wieder trafen.“<sup>28</sup> Parolen und Transparente waren in den westlichen Zonen untersagt – zu frisch war noch das Bild marschierender, fahنشwingender Kolonnen der Deutschen Arbeitsfront präsent.

Zumindest äußerlich gab es im sowjetischen Sektor Berlins, dem Nukleus der späteren DDR, zeitgleich ein Kontrastprogramm, das deutlicher als im Westen die wiedergewonnene Kampfbereitschaft der Gewerkschaften signalisieren sollte. Ein zentrales Maikomitee hatte die Aufmärsche vorbereitet, Banner mit Parolen und Fahnen waren erlaubt, inhaltlich konnten sich Sozialdemokraten und Kommunisten mit den plakativen, Aufbruch verheißenden Forderungen identifizieren. Hier eine Auswahl:

- „Der 1. Mai 1946 wird im Zeichen der einheitlichen Gewerkschaften und der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen.“
- „Für die strengste Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher!
- Für die restlose Vernichtung der Reaktion!
- Für die Zerschlagung der kapitalistischen Monopole!
- Für die volle Gleichberechtigung der Frau!
- Für die Verständigung aller friedliebenden Völker!
- Für den Sozialismus!“<sup>29</sup>

Deutlich wurde bereits hier ein Grundmuster, das in der DDR für Jahrzehnte die Aufmärsche am 1. Mai prägen sollte: Plakative Parolen, die unter dem Vorzeichen des Klassenkampfes und der Dominanz der Einheitspartei eine scharfe Trennlinie zwischen „Wir“ und „Ihr“ zogen; und bereits eine Inszenierung, die ebenfalls überdauern sollte: Auf der Tribüne, an der die Massen vorbei zogen, „hatten die führenden Männer und Frauen der SED und des FDGB Platz genommen.“<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Nach Schuster, S. 74 f.

<sup>29</sup> Berliner Zeitung, 6. April 1946, S.2

<sup>30</sup> ND, 3. Mai 1946, „Unter dem Banner der Arbeitereinheit“

**1952:** Dieses Jahr bildete eine Zäsur im gewerkschaftlichen Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik. Bis dahin hatte sich der DGB als neue Gegenmacht verstanden, die eine „Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“- so noch ein Gesetzesvorschlag von 1950- einforderte. Die Trias im Forderungskatalog bestand aus der Sozialisierung von Schlüsselindustrien, umfassender betrieblicher Mitbestimmung und paritätischer Mitwirkung in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungsgremien. Tatsächlich gelang es 1951, die Montanmitbestimmung durchzusetzen, alle anderen Forderungen erwiesen sich als Makulatur. Die Gewerkschaften wurden damit angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse ein Interessenverband neben andern innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems. Sie konnten daran mitwirken, es sozial ausgestalten, konnten es aber nicht grundlegend umgestalten. In den Maiaufrufen wird dieser Zwiespalt deutlich. 1952 forderte der DGB im Maiaufruf einerseits mit revolutionärem Tremolo die Abwehr „wirtschaftlicher und sozialer Katastrophen“, andererseits ganz pragmatisch die Einführung der 40 – Stunden – Woche und erstmals die Fünf - Tage – Woche bei vollem Lohnausgleich. Das Schwungrad des Wirtschaftswunders eröffnete neue Chancen, stärkte zugleich dauerhaft die reformistischen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften.

Das Aktionsprogramm des DGB von 1955 stand am vorläufigen Ende eines widersprüchlichen Diskussionsprozesses, der letztlich diese pragmatische Linie – Verbesserungen innerhalb des Bestehenden – dauerhaft festschrieb. Maifeiern dienten damit für zweierlei: der Bilanzierung des Erreichten und der Einforderung weiterer sozialpolitischer Verbesserungen. Typisch hierfür sind vorliegenden Berichte zu den Feiern in Essen, in einer Stadt also, in der die Gewerkschaften angesichts der damals blühenden Montanwirtschaft besonders selbstbewusst auftreten konnten.<sup>31</sup> Hierzu Eindrücke von der **Feier 1955** mit etwa 10 -15.000 Teilnehmern – sie fand wie üblich in Anwesenheit des Oberbürgermeisters auf dem Porscheplatz statt. Die Parole lautete: „ 5 Tage sind genug“, Hauptredner war Georg Leber, damals stellv. Vorsitzender der IG Bau. „Dieser pries“, so der Bericht, „ die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands (an), durch die zugleich auch die Allgemeinheit zu Schuldnern der Werktätigen geworden sei.“ Auf Transparenten war zu lesen: „ 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich“, aber auch angesichts der bevorstehenden Gründung der Bundeswehr „ Soziale Sicherheit statt Kanonen.“ Leber zollte diesem weitverbreiteten Pazifismus seinen Tribut mit der Aussage: „Wir wollen keine Uniformen und Marschmusik, wir wollen soziale Taten“. Übrigens wurde derselbe Leber 17 Jahre später Bundesverteidigungsminister. Umrahmt wurde die Feier, wie üblich in diesen Jahren, von den Essener Volksschören – am Ende wurde gemeinsam „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen.

Was passierte in diesen 1950er Jahren in der DDR? Das Grundmuster der Inszenierung nach sowjetischem Vorbild war seit 1946 vorgezeichnet, ebenso die inhaltliche Veränderung von einem „Tag der Arbeiter“ hin zu einem „Tag der Arbeit“ – Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern waren ideologisch nicht mehr vorgesehen – vielmehr sollte „die schaffende

---

<sup>31</sup> Eine Chronik des 1. Mai in Essen, hg, von DGB - Region Mühlheim -Essen – Oberhausen, Essen 2007, pdf – Datei, heruntergeladen 19.2.2017

Gesellschaft ihren Staat und der Staat seine > Schaffenden < feiern“.<sup>32</sup> Verfassungsrang erhielt der 1. Mai im Gründungsjahr der DDR 1949. Im Jahresablauf der DDR hatte dieser höchste Feiertag – vom Tag der Republikgründung am 7. Oktober abgesehen- mehrere Aufgaben einzulösen: Er war der **Tag der Agitation – zur Legitimierung der SED – Herrschaft** wie auch für den internationalen Anspruch der DDR; er wurde, wiederum nach sowjetischem Vorbild – zu einem **Tag vielfältiger Selbstverpflichtung** im Bereich der Produktion; er war schließlich der Tag, an dem die Staats- und Parteiführung in geradezu byzantinischem Stil **seine Macht, ab 1956 auch mit einer Militärparade, demonstrierte**, um damit die immer wieder beschworenen Feinde im Innen und Äußeren einzuschüchtern. Nicht von ungefähr hieß der 1. Mai im offiziellen Jargon *Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse*, der sich damit auch terminologisch von den eher behäbigen und pazifistischen Maifeiern im Westen Deutschlands abhob.

Wer bereitete diesen Kampftag vor, legte die Losungen und Abläufe fest? Formell zuständig war der FDGB, zumindest in den praktischen Organisationsfragen. Tatsächlich lag die Entscheidungsbefugnis unmittelbar beim Politbüro der SED und deren bezirklichen Untergliederungen. Regionale und betriebliche Maikomitees bereiteten mit mehrmonatigem Vorlauf die Selbstverpflichtungen, die Agitation vor Ort, vorgesehene Auszeichnungen, aber auch die parteiliche Kritik und Selbstkritik vor – nichts sollte dem Zufall überlassen bleiben. Die Losungen wurden zentral vorgegeben und Tage vorher im Neuen Deutschland verkündet. Es waren einerseits Parolen, die die diversen Siege im Aufbau, in der Produktion oder der Wissenschaft feierten beziehungsweise sehr allgemein den Sieg des Sozialismus verkündeten, andererseits griffen sie aktuelle Themen – etwa **1961** „der Sieg des kubanischen Volkes über die amerikanischen Invasoren.“<sup>33</sup> Um sicherzustellen, dass die Massen auch tatsächlich bei den Demonstrationen anwesend waren, marschierten Betriebsbelegschaften und die Mitarbeiter des Staatsapparats geschlossen zu den vorgesehenen Plätzen, ebenso die diversen Massenorganisationen – Betriebskampfgruppen, Turnverbände oder FDJ; hier auszuscheren bedeutete handfeste Nachteile im Alltag. Freilich scheinen sich diese Spielregeln in den 1980er Jahren gelockert zu haben, so dass, wie es rückblickend ein Zeitzeuge berichtete, viele Betriebe ein > Marschiergeld< , im konkreten Fall fünf Mark bezahlt haben sollen, zudem kostenlos Bratwürste spendierten.<sup>34</sup> Die Häuser waren mit Fahnen zu schmücken – Abweichler hatten mindestens mit einer Rüge zu rechnen. Zwanzig Jahre lang, bis 1976, war die zentrale Feier in Berlin zugleich ein eindrucksvolles militärisches Spektakel, in Tagesbefehlen des Ministers für Nationale Verteidigung wurde speziell auf den Kampfcharakter des 1. Mai verwiesen. Im Tagesbefehl zum **1. Mai 1970** hieß es z. B.: „...die Grundaufgabe jedes Angehörigen der Nationalen Volksarmee im Klassenkampf unserer Tage (bedeutet) den höchstmöglichen persönlichen Beitrag zur Stärkung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft.“<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Katja Protte: Zum Beispiel...der 1. Mai 1951 in Ostberlin. Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie, in: Parteauftrag: Ein Neues Deutschland. Hg. von Dieter Vorsteher, Buch zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums berlin, 11.12.1996 bis 11.3.1997, S.118 ff.

<sup>33</sup> ND, 1. Mai 1961, S.1

<sup>34</sup> 1. Mai in der DDR. Tag der Pflicht, Bericht von Ernst Woll, in: Spiegel Online, 17.April 2013, heruntergeladen 14.12.2016

<sup>35</sup> ND, 1. Mai 1970, S.2

Noch ein Blick auf die **Maifeier 1989**, dem Jahr des Schwanengesangs der DDR. Euphorisch schrieb das *Neue Deutschland* am 2. Mai über die abgelaufenen Feiern:

„Viereinhalbstündiger Aufmarsch von über 700.000 Berlinern. Erich Honecker und weitere Mitglieder der Staatsführung herzlich begrüßt. Bürger bekundeten: Wir wählen am 7. Mai die Kandidaten der nationalen Front. Kampfgruppen der Arbeiterklasse bekräftigen ihre Entschlossenheit zum Schutz der Heimat.“ Ironische Pointe: Ausgerechnet die erwähnten Kommunalwahlen wirkten wegen der massiven Fälschungen als Brandbeschleuniger für die Proteste, die im selben Jahr zum Ende der SED – Herrschaft führten. Etwa fünfzig Parolen hatte die SED für diese letzte Maifeier der „alten“ DDR vorgegeben – Schwerpunkte waren der bevorstehende 40. Jahrestag der DDR, vielerlei Selbstverpflichtungen zur Planerfüllung, die Sicherung der Grenzen, allgemeine Appelle zur Abrüstung bei gleichzeitiger Aufforderung an die eigenen Streitkräfte, wachsam zu sein, schließlich die Bekundungen zur internationalen Solidarität – von Südafrika bis Nicaragua.<sup>36</sup> Dabei ist auffällig, was fehlte und was in früheren Jahren zum selbstverständlichen Ritual gehörte: Der obligate Gruß und Dank an das Sowjetvolk, während zugleich die Splittergruppe SEW in Westberlin oder die unbedeutende DKP in der Bundesrepublik mit Grüßen bedacht wurden. Die reformorientierte Sowjetführung unter Gorbatschow, das war die Botschaft, galt nicht mehr als das große Vorbild.

Was tat sich in den dreißig Jahren **zwischen 1960 und 1990 in der Bundesrepublik?**

Beschritten die Industriegewerkschaften und der DGB neue Wege bezüglich „ihres“ Festtags, änderten sich die Art der Demonstration, die Inszenierungen, die Inhalte? Ich kann darauf nur noch stichwortartig eingehen. In den fünfziger Jahren hatten die Gewerkschaften ihre neue Rolle, unentbehrliche Reformkraft innerhalb des marktwirtschaftlichen Wachstumsmodells zu sein, positiv angenommen – übrigens früher als die Sozialdemokratie. Demgegenüber, so die These von Urs Andereggs bezüglich der Schweiz,<sup>37</sup> sei das gewerkschaftliche Selbstverständnis – wie auch die Maifeier als dessen Ausdruck – in den 1960er Jahren in die Krise geraten. Diese Beobachtungen lassen sich auch auf die Bundesrepublik übertragen: Die Teilnehmerzahlen gingen deutlich zurück, die sozialistische Symbolsprache mit Fahnen und Transparenten galt nicht mehr zeitgemäß, wesentliche sozialpolitische Forderungen wie etwa die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren erfüllt – nicht zuletzt dank der Politik der Großen Koalition seit 1966. In kleineren Städten verschwanden vielfach offizielle Feiern, teilweise gab es – wie in den 1890er Jahren – den Rückzug in geschlossene Räume. Was zudem neu war: Den Gewerkschaften erwuchs seit 1968 mit den Schüler- und Studentenbewegungen, zeitversetzt mit der Anti – Atom-, der Frauen- und der Ökologiebewegung eine Konkurrenz, auf die sie lange Jahre keine Antwort fanden. Ob Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Atomausstieg oder der Umgang mit den „Gastarbeitern“ – die Gewerkschaften wurden zu Getriebenen. Der Laufschrift von APO – Aktivisten, die Übernahme der älteren Symbolsprache der Arbeiterbewegung wie Transparente und Fahnen muss für ältere Gewerkschafter irritierend gewirkt haben – bis hin zum Tabubruch, eigene Maifeiern mit dezidiert sozialistischen Forderungen zu organisieren, wie in West – Berlin

---

<sup>36</sup> ND., 6. April 1989

<sup>37</sup> Urs Andereggs, *Der 1. Mai in der Schweiz. Vom Traum einer besseren Welt*, Biel und Marburg 2008. Bezüglich der Parallelen zu Deutschland, S.254 ff.



geschehen. Der Rückzug der klassischen Maifeier – Klientel in geschlossene Räume, in Essen beispielsweise in den Saalbau, wurde als Niederlage empfunden, wie der Chronist der Essener Maifeier Anfang der 1970er Jahre notierte.<sup>38</sup>

In den 1980er Jahren beobachten wir eine erneute Wende in der Feierkultur. Nicht zuletzt auf Druck junger Mitglieder fanden die Feiern zumeist wieder auf den Straßen und Plätze der Städte statt. Dies ging einher mit der Einbindung der neuen sozialen Bewegungen und der lange Zeit ignorierten Gastarbeiter samt deren Angehörigen. Das Bild der Feiern wurde bunter, neben die sozialdemokratisch – gewerkschaftlichen Gruppen wurden links – alternative und diverse ethnische Gruppen sichtbar – für die DGB – Funktionäre ein schwieriger Spagat. Unverkennbar wich der selbstzufriedene, auf die Errungenschaften verweisende Ton wieder verstärkt kämpferischen Parolen. Die Tage der Vollbeschäftigung waren vorbei, die Globalisierung warf ihre ersten Schatten voraus. Die Parole lautete 1981 in Essen „Vollbeschäftigung – Mitbestimmung – Soziale Sicherheit“, gegeißelt wurden zugleich aber auch die sich häufenden linksradikalen Ausschreitungen – Originalton des Essener Hauptredners, des 1. Vorsitzenden der IG Textil und Bekleidung, Berthold Keller: „ Sie sollten sich nicht Sprüchen oder ideologischen Heilslehren hingeben, sondern Konstruktives leisten...Steine, Eisenstangen und brennende Autos, geplünderte Geschäfte und zusammengeschlagene Menschen (sind) keine Instrumente der demokratischen Auseinandersetzung...“

1983 und in den folgenden Jahren stimmten am 1. Mai wieder die gewohnten Frontlinien der Adenauerzeit. Die Bundesregierung unter Kanzler Kohl wurde für die gravierenden Probleme des Arbeitsmarktes verantwortlich gemacht, ebenso für den Rüstungswettlauf in Haftung genommen, sie sei eine „Regierung der Unbarmherzigkeit“. Die in den siebziger Jahren verschwundene militante Attitüde wurde nunmehr zur Selbstbeschwörung genutzt, war aber auch eine indirekte Antwort auf die linken Gruppen, die die Maifeiern für ihre Botschaften nutzten: „Der 1. Mai“ so der Essener DGB – Vorsitzende 1985, sei „kein Tag für einen Frühlingsspaziergang, sondern ein Kampftag.“<sup>39</sup> 1989 wurde Europa zu einem zentralen Thema der Maifeiern, die Parole lautete „Für ein soziales Europa“. In Essen wurde sie in diesem Jahr konkret umgesetzt – mit spanischen, slowenischen und kurdischen Folkloregruppen, der Warnung vor Fremdenhass und Rechtsradikalismus, zudem mit vielen dazu passenden Transparenten. Zudem gab es eine inszenatorische Neuerung, die das starre Schema der Begrüßungen und Reden auflockern sollte: Ein Moderator, seines Zeichens Redakteur der NRZ führte durch das Programm – so wurde es mehrere Jahre praktiziert. Die Maifeiern 1990 bis 1992 standen unter dem Vorzeichen des Aufbruchs im Osten Deutschlands und der folgenden Vereinigung. 1991 wurde unter dem zentralen Motto „Soziale Einheit in Frieden und Freiheit“ gefeiert, 1992 hieß die Parole „Teilen verbindet“. Allerdings gab es in diesen beiden Jahren eine böse Überraschung. In Essen demonstrierte nur ein Drittel des sonst Üblichen – ob wegen Wetterkapriolen oder – wahrscheinlicher – wegen der Unsicherheit bezüglich der Zukunft im vereinten Deutschland, sei dahin gestellt.

---

<sup>38</sup> Eine Chronik des 1. Mai in Essen, hg. von DGB - Region Mühlheim – Essen – Oberhausen, Essen 2007, S.38 f.

<sup>39</sup> Ebenda, S.53

## IV

**Ich komme zur vierten Frage und damit auch zum kurzen Ende:** Für was stand und steht dieser Maitag seit der Jahrtausendwende? Ist vom Kampftag und von traditionellen Ritualen noch etwas übrig geblieben oder ist er heute vor allem ein Feiertag neben anderen?

### **Hierzu vier Feststellungen:**

1. Der 1. Mai war in Deutschland in unterschiedlichen Konstellationen – zumindest in der **Intention der Gewerkschaften immer dreierlei: Kampftag, Feiertag, Tag der Selbstvergewisserung.** Kampftag war er vor allem dann, wenn es einen eindeutig erkenn- und benennbaren Gegner gab – in den 1890er Jahren, in der Früh- und Spätphase der Weimarer Republik, in den ersten Jahren nach 1945. In der Ära Kohl wurde die Rhetorik zwar kämpferischer, vom Selbstverständnis, gesellschaftliche Gegenmacht angesichts der deutschen Vereinigungsprobleme zu sein, war jedoch wenig zu spüren. Seit 2000 waren die zentralen Parolen angesichts einer vom DGB offen gewollten rot-grünen Bundesregierung eher friedlich – defensiv - trotz der Agenda 2010, und ähnliches galt auch während der ersten Großen Koalition. Die Gewerkschaften hatten erkennbar Mühe, ihre Rolle neu zu bestimmen, nicht nur national, sondern auch angesichts neuer globaler Herausforderungen und europäischer Weichenstellungen. Am Ende stand eine offensive Öffnung Richtung Europa – die Maiparolen spiegelten verstärkt ab 2010 diese Umorientierung.
2. Es fand, beginnend Mitte der 1980er Jahre, eine „**Repolitisierung der Festkultur**“ (Anderegg) statt. Zugleich wurde die Inszenierung der Feiern bunter und lockerer, bis hin zu Rave – Wagen der Gewerkschaftsjugend, Sportlergruppen, Rockgruppen und einer wieder erwachten Freude an Gesang, Bildern und Transparenten. Diese neue Zeichensprache erinnerte mehr an die Feiersymbolik vor 1914 als an die 1950er und 1960er Jahre, in denen in West und Ost –wenn auch mit völlig unterschiedlichen Inhalten - ein strenges, gleichsam militärisches Reglement den Ablauf der Feiern bestimmt hatte. Dieser Wechsel ging einher mit dem Bemühen, sich internationaler zu präsentieren, womit auch insoweit die Ursprünge der Maifeiern zitiert wurden.
3. Auffällig war die **Erweiterung der Themenpalette** der Maifeiern über das engere gewerkschaftspolitische Spektrum hinaus. Genderfragen, Dritte Welt, Europa, Migration und Asyl, die Zukunft des Bildungswesens oder Fragen von Krieg und Frieden traten verstärkt neben die „klassischen“ Themen der Sozialpolitik. Sie verdeutlichen, dass Gewerkschaften nicht nur den neuen Herausforderungen in einer globalen Welt Rechnung tragen wollten, sondern auch eine Antwort auf das Wegbrechen der klassischen Arbeitermilieus suchten. Und nicht zu vergessen: 2017 nahmen zwei der drei zentralen Maiparolen die Fragen der Integration auf: „Für Integration, die klappt“ und „Wir sind viele. Wir sind eins.“ Es könnte für den DGB eines der wichtigsten Themen der kommenden Jahre sein.

4. Bei allem Bemühen der Gewerkschaften, sich thematisch und kulturell zu öffnen, bleibt anno 2017 sowohl bezüglich strategischer Inhalte als auch der Präsentation der eigenen Botschaften Skepsis angesagt. Die Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren, was bereits heute in Ansätzen erkennbar ist - aufgrund der Digitalisierung der meisten Abläufe in Produktion und den Dienstleistungen radikal verändern, ähnlich radikal wie zur Zeit der Einführung des Fließbands und der Massenproduktion. **Eine überzeugende Antwort darauf wurde seitens der Gewerkschaften** – freilich auch von den Wirtschaftsverbänden **-bislang nicht gefunden, vielleicht auch nicht gesucht.** Diese absehbaren Veränderungen werden auch künftige Maifeiern verändern. Der neue „digitale“ Arbeitnehmer bedarf neuer Formen der Interessenvertretung und der Mobilisierung – Fahnen, Transparente, das Kolonnen - Marschieren zum Treffpunkt und der Verpflegungsstand mit der preiswerten Currywurst werden nur wenige von ihnen am 1. Mai auf den Essener Kennedyplatz oder den Bochumer Rathausplatz locken.